

Analyse & Debatte



Viele Alltagsprodukte wären unerschwinglich, würden sie nicht anderswo günstig hergestellt: Containerschiff vor Los Angeles. Foto: Patrick T. Fallon (Bloomberg, Getty)

Die Grenzen der Öffnung

Die wirtschaftliche Globalisierung hat die Welt reicher gemacht. Weil sie zu weit gegangen ist, wird sie jetzt infrage gestellt. *Von Markus Diem Meier*

Man könnte glauben, das Zeitalter der Globalisierung näherte sich dem Ende. In seinem Bericht für das Treffen der 20 mächtigsten Wirtschaftsnationen (G-20) in Hangzhou, China, mahnt der Internationale Währungsfonds (IWF) die Länder fast schon verzweifelt, die Globalisierung doch bitte wiederzubeleben. Der IWF beklagt die Errichtung neuer Handelsbarrieren und dass das Wachstum des Welthandels sich seit dem Jahr 2012 signifikant auf nur noch 3 Prozent pro Jahr verlangsamt habe. Von den 1980ern bis in die 2000er-Jahre wuchs der Welthandel jährlich noch doppelt so stark. Der Bremseffekt beim Handel zeige sich bei den meisten Ländern der Welt.

Während der abgeschwächte Welthandel auch die Folge der generellen anhaltenden Wirtschaftsschwäche ist, droht ihm die grösste Gefahr von politischer Seite. Dass ausgerechnet der republikanische US-Präsidentenwahlkandidat Donald Trump offen gegen den Freihandel wettet, ist allein schon bemerkenswert. Der Freihandel galt bisher als wichtiges Anliegen seiner Partei. Auch Hillary Clinton, seine demokratische Konkurrentin um das höchste Amt, legt sich für die wirtschaftliche Öffnung nur halbherzig ins Zeug. In Grossbritannien, dem anderen bisherigen Promotor der Globalisierung, hat die Angst vor einer zu weit gehenden Öffnung nach aussen sogar entscheidend zum Brexit-Entscheid beigetragen, der bedeutet, dass die Briten die EU verlassen werden.

Selbst das geplante Vorhaben, zwischen der EU und den USA einen umfassenden Freihandelsvertrag unter dem Namen Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) abzuschliessen, hat in der letzten Woche einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Sowohl der deutsche Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel als auch der französische Aussenhandels-Staatssekretär Matthias Fekl haben das Abkommen bereits für gescheitert erklärt – ganz zum Unmut der Bürokraten bei der EU und in den USA, die TTIP noch immer zu Ende verhandeln wollen.

An einer deutlichen Einschränkung des Freihandels oder eben der Globalisierung kann niemand interessiert sein. Die Vorteile liegen auf der Hand: Viele Produkte unseres täglichen Gebrauchs wären angesichts ihrer hohen Entwicklungskosten viel zu teuer, liessen sie sich

nur auf beschränkten Märkten absetzen. Ein Beispiel dafür ist etwa ein Handy, dessen Produktion auch auf globale Wertschöpfungsketten zurückgeht. Produkte oder ihre Komponenten können dank für den Handel offenen Grenzen dort hergestellt werden, wo die Herstellungsbedingungen im Vergleich zu anderen besonders günstig sind. Und schliesslich sorgt der internationale Wettbewerb vielfach dafür, dass sich die besten Produkte oder Produktionsmethoden weltweit durchsetzen und für alle erhältlich sind. Es ist durchaus beeindruckend, was die Globalisierung zu leisten vermag. Sie hat viele einst arme Länder deutlich reicher gemacht.

Doch die Vorteile der Globalisierung bedeuten umgekehrt nicht, dass jedes Ausmass wünschenswert ist. Tatsächlich bedroht sie nichts mehr, als wenn sie zu weit geht; wenn der Blick für ihre negativen Nebeneffekte verloren geht. Wie beim technologischen Fortschritt kennt schon der Freihandel im engeren Sinn Verlierer. Inländische Jobs oder ganze Wirtschaftssektoren können durch bessere oder günstigere Anbieter aus dem Ausland verdrängt werden. Die Folge ist eine wachsende existenzielle Unsicherheit, die grundsätzlich alle erfassen kann, denn niemand weiss im Voraus genau, wer zu den Gewinnern und wer zu den Verlierern gehört. Dieser Unsicherheit wurde bisher zu wenig Beachtung geschenkt, bis sie sich in politischen Reaktionen zeigen, die sich gleich gänzlich gegen eine wirtschaftliche Offenheit wenden.

Die Globalisierung muss sich auf freien Handel beschränken.



Markus Diem Meier
Leiter Wirtschaftsredaktion

Die Globalisierung macht daher eine Politik besonders notwendig, die auf sozialer Sicherheit basiert und dafür sorgt, dass die Früchte der Entwicklung nicht allzu einseitig verteilt bleiben. Doch genau dies ist weltweit nicht geschehen. Die Ungleichheit hat vielerorts drastisch einseitig zugunsten der Reichsten zugenommen, und von der versprochenen Prosperität durch Öffnung haben viele überhaupt nichts gemerkt. In Zeiten schwieriger wirtschaftlicher Bedingungen, wie angesichts eines anämischen Wachstums gegenwärtig in einem grossen Teil der Weltwirtschaft, hat die Enttäuschung über die Entwicklung der Globalisierung eine besondere Sprengkraft.

Dazu kommt, dass unter dem Deckmantel der Globalisierung und des Freihandels auch fragwürdige Entwicklungen gerechtfertigt wurden und werden. Dazu gehört die Behauptung, eine völlige Öffnung der Kapitalmärkte bringe die gleichen Vorteile wie der Freihandel mit Gütern. Das stellt heute sogar der IWF infrage, der das einst überall propagiert hat. Die Folge dieser Art von Öffnung waren immer wieder schwere Finanz- und Wirtschaftskrisen.

Eine zu weit gehende Globalisierung – der Ökonom Dani Rodrik spricht von Hyperglobalisierung – gerät zudem in Konflikt mit der demokratischen Selbstbestimmung. Nichts mit Freihandel zu tun hat zum Beispiel ein übertriebener internationaler Patentschutz, der letztlich vor allem die Monopolmacht bereits mächtiger Konzerne schützt. Ins gleiche Kapitel gehören speziell geschaffene Schiedsgerichte, mit denen Unternehmen und Grossinvestoren demokratische Entscheidungen anfechten können. Auch die Folgen einer vollkommenen Personenfreizügigkeit führen letztlich zu mehr Ängsten um den kulturellen und sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft, als dass sie ökonomische Vorteile zeitigen.

Das Zeitalter der Globalisierung ist nicht vorbei. Wenn wir ihre bisherigen Errungenschaften bewahren wollen, dann darf sie nicht zu weit gehen, dann muss sie auf ihren Kern beschränkt bleiben, den freien Handel. Und dann hat eine Politik höchste Priorität, die für gleiche Chancen für alle sorgt und für eine gerechtere Verteilung der Früchte einer Öffnung. Und sie muss die demokratische Selbstbestimmung respektieren.

Gastbeitrag Unnötige Diabetesbehandlungen sind kein Kostenfaktor. *Von Jürg Schlup*

Lasst Patienten entscheiden!

Es ist erstaunlich, was sich der CEO der Krankenkasse Helsana in seinem Gastbeitrag in dieser Zeitung leistete. In seinem Kommentar zweifelt er pauschal die Kompetenz der Schweizer Ärzteschaft an, Diabetespatienten zu behandeln. Lesern ohne spezifische Vorkenntnisse gibt der Beitrag den Eindruck, Diabetespatienten in der Schweiz würden häufig falsch behandelt, seien dadurch in ihrer Gesundheit gefährdet, müssten darum häufig unnötig ins Spital und verursachten höhere Kosten. Auch die Behauptung, Behandlungsqualität sei in der Schweiz Glückssache und die Ärzteschaft nicht in der Lage, diese sicherzustellen, ist eine pauschale Verunglimpfung. Was bewegt jemanden zu einem solchen Frontalangriff auf unsere Ärztinnen und Ärzte – die übrigens laut Experten in der Diabetesbehandlung international an der Spitze liegen?

Zum Schluss wird deutlich, was das Ziel dieses Beitrags war: Als Konsequenz aus angeblichen Missständen fordert der Helsana-CEO die Aufhebung des sogenannten Kontrahierungszwangs. Der Krankenkassen-Chef möchte dem Leser also weismachen, dass es besser wäre, die Krankenkasse beurteile die Behandlungsqualität und wähle für ihre Versicherten den Arzt aus – nicht der Versicherte selbst.

Ökonomen gegen Ärzte

Unfreiwillig zeigt der Krankenkassen-CEO so aber auf, warum Patienten ihre Behandlung eben nicht in die Hände von Leuten legen sollten, die zwar viel von Ökonomie verstehen, aber Medizin schlecht beurteilen können. Denn die Qualität einer Behandlung lässt sich nicht einfach daran bemessen, ob sie einer Guideline für diese Erkrankung folgt, da sich solche Leitlinien selten eins zu eins auf individuelle Patienten übertragen lassen: Den idealtypischen Patienten gibt es im ärztlichen Alltag nämlich kaum.

Gerade Diabetespatienten sind oft mehrfachkrank, leiden neben ihrer Zuckerkrankheit also zusätzlich unter hohem Blutdruck, Herzkrankheit, Depression und/oder Arthrose. Hier muss der Arzt oft mit widersprüchlichen Empfehlungen verschiedener Guidelines umgehen, unterschiedliche Interaktionen und Nebenwirkungen von Medikamenten berücksichtigen. Und vor allem: Er muss dem einzelnen Patienten mit seinen spezifischen Wünschen gerecht werden.

Wir Ärzte setzen uns seit Jahren für fundierte und aussagekräftige, Register-basierte Untersuchungen zur Behandlungsqualität ein. Das seit fünf Jahren bestehende Register «Swiss Diab Study» zeigt auf Basis genauer Daten, dass Diabetiker in der Schweiz hervorragend versorgt sind und die Ziele der Diabetesbehandlung praktisch uneingeschränkt erreicht werden.

Auch die Zahlen der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zeigen, dass die Schweiz als «top performer» in der Diabetesbehandlung auf dem zweiten von 31 Länder-Rängen liegt. Vielfach vermeidbare Spitaleinweisungen bei Diabetikern existieren nicht, denn die Schweiz weist mit 70 pro 100 000 Personen bereits eine der niedrigsten Hospitalisationsraten für Diabetes auf. In Deutschland und Österreich sind es mit 217 beziehungsweise 336 drei- bis fünfmal so viele. Ein Laborparameter, der die Qualität der Diabeseinstellung besser widerspiegelt als die Einhaltung von Guidelines, ist der Langzeitwert HbA1c. Auch dieser zeigt, dass die Schweiz europaweit im Spitzenbereich liegt. Ebenso gut steht die Schweiz bei der Behandlung von Co-Risikofaktoren da.

Unnötige Diabetes-Spitalbehandlungen sind also kein Kostenfaktor – zusätzliche Gesprächszeit für nun verunsicherte Diabetes-Patienten hingegen schon. Wenn es um Diabetes geht, dürfen Patienten getrost auf die Kompetenz ihres Arztes setzen – und wenn es darum geht, ihren Arzt auszuwählen: Das können die Patienten selbst am besten.



Jürg Schlup
Der Hausarzt ist Präsident der Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH).